

# EU zahlt Thalwil eine Viertelmillion Franken für ein Forschungsprojekt

**Studie zur Energiewende** Wie schafft es Thalwil, weg von fossilen Energieträgern zu kommen? Das will auch die EU wissen. Die Gemeinde ist deshalb Teil einer europaweiten Studie.

Daniel Hitz

Was haben die spanische Stadt Sabadell, die bulgarische Hauptstadt Sofia und die griechische Region Westmazedonien mit Thalwil gemeinsam? Sie alle sind Teil eines europaweiten Forschungsprojekts mit dem Ansatz «Responsible Research and Innovation», kurz RRI. Schirmherr des Projekts ist die Europäische Union, verantwortlich für die Durchführung sind örtliche Hochschulen. Im Fall der Schweiz die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Mit der dreijährigen Studie möchten Wissenschaftler herausfinden, wie sich die unterschiedlichen Regionen weiterentwickeln können. Während in Thalwil und Westmazedonien Energiethemen im Fokus stehen, nehmen Wissenschaftler in den Städten Sabadell und Sofia die Digitalisierung unter die Lupe.

## Warum gerade Thalwil?

Dass Thalwil für das kontinentale Forschungsprojekt ausgewählt wurde, ist kein Zufall. Fridolin Brand von der ZHAW School of Management and Law erklärt: «Wir haben nach einem Partner gesucht, der im Bereich nachhaltige Entwicklung schon sehr fortgeschritten ist.» Seinem Chef sei dann die Gemeinde Thalwil eingefallen. Martin Schmitz, Leiter Planung und Energie der Gemeinde Thalwil, habe sich sofort kooperativ gezeigt.

Das Ziel der Studie ist es, innerhalb einer Region einen Konsens für Energiemassnahmen zu finden, damit diese nicht nur nachhaltig, sondern auch sozialverträglich sind. Dafür möchte die ZHAW zum einen die lokalen politischen Parteien und Experten nach ihren Vorstellungen über die Energiewende befragen. Zum anderen aber auch Teile der Bevölkerung.

Letzteres ist auch für Gemeinderat David Brüllmann wichtig:



Mit dem Label «Energistadt» schmückt Thalwil schon länger seine Ortsschilder. Foto: Michael Trost

«Wenn die Massnahmen von allen getragen werden sollen, muss die Bevölkerung mit einbezogen werden.» Wie die Thalwiler in den nächsten drei Jahren nach ihren Zukunftsvisionen befragt werden, ist im Detail noch offen. Als Erstes soll nun ein Konzept mit den genauen Methoden erarbeitet werden.

Klar ist für Fridolin Brand allerdings: «Wir werden nicht bei Adam und Eva anfangen.» Ein besonderes Augenmerk werde

beispielsweise auf die Energieverbunde gelegt, die in Thalwil bestehen. «Eine Frage ist sicher, wie wir diese vorantreiben können.» Auch aktuelle Debatten und Vorstösse wie die letztes Jahr abgelehnte Klimainitiative der SP oder der neue Vorschlag der FDP würden berücksichtigt.

Mit dem Forschungsprojekt soll die Wissenschaft denn nicht nur von Thalwil lernen, sondern auch umgekehrt. «Es ist eine sehr praxisorientierte Forschung, die

für eine Region einen konkreten Nutzen hat und kein wissenschaftliches Geschwurbel ist», verspricht Fridolin Brand. Wie die Gemeinde schreibt, stehe ein Masterplan Klima zur Diskussion, der konkrete Empfehlungen beinhalten könnte, wie Thalwil in puncto Energiewende vorankommen kann.

Was Thalwil konkret von der Wissenschaft lernen kann? «Darauf sind wir auch gespannt», sagt Martin Schmitz. Gespräche

mit der Bevölkerung und Institutionen über deren Vorstellungen von der Energiewende führe Thalwil schon länger. Entsprechend gespannt warte er auf die neuen Methoden und Erkenntnisse der Forschenden.

Schmitz erhofft sich, «dass wir durch die wissenschaftliche Unterstützung eine auf Konsens basierte Umsetzung der Energiewende hinkriegen». David Brüllmann ergänzt: «Ich bin zuversichtlich, dass wir die Lehren möglichst effizient und sozialverträglich in die Praxis umsetzen können.» Dabei könne auch ein Vergleich mit Griechenland helfen.

## Thalwil geht nach Brüssel

Im Rahmen des Forschungsprojekts erhält Thalwil 254'000 Franken von der EU. Das Geld kommt in erster Linie einer neuen 50-Prozent-Stelle in der Abteilung Planung und Energie zugute. Viel bleibe danach nicht mehr übrig. Denn neben den normalen Personalkosten müsse auch einiges an Reisespesen bezahlt werden. «Die Idee ist, dass die Projektmitarbeitenden auch für Konferenzen nach Brüssel reisen, um die Erfahrungen mit den anderen Ländern auszutauschen», sagt Martin Schmitz.

Viel Freiheiten hat Thalwil mit diesem Geld also nicht. «Das Korsett ist sehr eng geschnürt», sagt Schmitz. Mit einem Schmunzeln fügt er an, dass gewisse Vorurteile gegenüber der EU und ihren komplizierten Regelungen durchaus stimmen. «Uns ist noch nicht ganz klar, welche Freiheiten wir haben, es dürften aber relativ wenige sein.»

Dass eine Gemeinde eines Landes, das nicht in der EU ist, Geld für Forschungszwecke von dieser erhält, sei nichts Sonderbares, sagt Fridolin Brand. «Das Projekt war Teil des EU-Förderprogramms Horizon 2020, bei dem die Schweiz massgeblich beteiligt war.»

## Die SVP stellt sich hinter den Gemeinderat

**Horgen** Die SVP Horgen hat an einer Online-Mitgliederversammlung ihre Parolen für die Abstimmungen vom 7. März gefasst. Sie schreibt in einer Mitteilung, dass sie sich für Walter Reutimann (FDP) als neuen Statthalter ausgesprochen habe. Die SVP Horgen sei überzeugt, dass Walter Reutimann alle nötigen Qualifikationen mitbringt, welche einen guten Statthalter auszeichnen.

Die Partei stimmt zudem allen Statutenänderungen der vier Zweckverbände zu. Gewisse Sorgen bereite den SVP-Mitgliedern hierbei, dass sich die Zweckverbände durchgehend ihre Finanzkompetenzen erhöhen.

## Für Selbstkonstituierung des Gemeinderats

Über das zentrale Thema, die Revision der Gemeindeordnung, wurde kontrovers und ausführlich diskutiert. Die SVP Horgen empfiehlt sie zur Annahme. Bei der Wahl des Schulpräsidiums spricht sich die Partei für den Haupt- und Variantenantrag aus, unterstützt jedoch bei der Stichfrage den Hauptantrag, also die Selbstkonstituierung des Gemeinderats. Dies sei für eine Einheitsgemeinde, wie Horgen eine ist, ein normales Prozedere und gebe dem Gemeinderat ein Instrument, um bei einer Situation wie der jetzigen zum Wohle von Horgen einzugreifen. Ausserdem wird darauf vertraut, dass die gewählten Mitglieder des Gemeinderats in der Lage seien, die Ressorts nach Neigungen und Eignungen zu verteilen. (red)

## CVP befürwortet eine RGPK

**Kilchberg** Die lokale CVP spricht sich in einer Mitteilung dafür aus, dass Kilchbergs RPK zu einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) erweitert wird. Folglich unterstützt sie die Vorlage B der totalrevidierten Gemeindeordnung, über die in Kilchberg am 7. März abgestimmt wird. Je höher die Finanzkompetenz des Gemeinderats ist und je mehr Aufgaben an die Verwaltung delegiert werden, desto wichtiger sei die Geschäftsprüfung durch eine RGPK.

## Legitimierung stärken

«Mit der Prüfung durch eine weitere vom Volk gewählte Kommission werden die Geschäfte stärker demokratisch legitimiert», schreibt die Kilchberger CVP in ihrer Mitteilung. Da die RGPK nur abgeschlossene Geschäfte prüfen würde, bestehe auch nicht die Gefahr, dass sich die Kommission als Schattenbehörde in laufende Projekte einmischen würde. Weiter ist die Partei auch der Meinung, dass der Aufwand für einen jährlichen RGPK-Geschäftsbericht gerechtfertigt sei. (red)

## Schulkinder in Wädenswil wurden negativ getestet

**Corona-Massentests** Jetzt liegen auch die Ergebnisse des Massentests an der Primarschule Wädenswil vor. Sie ist eine von mehreren Schulen im Bezirk Horgen, die kurz vor den Ferien Massentests durchführen mussten.

Als erste Schule im Bezirk Horgen führte Kilchberg einen Corona-Massentest durch. Vergangene Woche liess nun nicht nur die Oberstufe Wädenswil (OSW), sondern auch die Primarschule Glärnisch Schul- und Kindergartenkinder sowie die Lehrerschaft und Schulmitarbeitende testen. Die Primarschule musste zum Test aufrufen, weil mehrere Fälle von Infektionen mit dem mutierten Coronavirus am Schulhaus Glärnisch bekannt geworden waren.

Nach dem Massentest können die Primarschüler und Lehrpersonen im Glärnisch aufatmen: «Von den durchgeführten Tests sind allesamt negativ», sagt Schulpräsidentin Alexia Bischof (CVP). Die Schulpräsidentin zeigt sich erleichtert über diese «erfreuliche Nachricht». Insgesamt

«Ich vermute, dass sich das Thema vorerst erledigt hat.»

Alexia Bischof  
Schulpräsidentin

liessen sich 300 Kinder und 47 Lehrpersonen testen.

Einige Eltern kritisierten den Zeitpunkt des Tests und auch die Testart. Getestet wurde nicht wie in den Wädenswiler Oberstufenschulhäusern mittels Spucktests, sondern es wurden PCR-Tests mit Rachenabstrich durchgeführt. 45 Primarschüler verzichteten auf den Test. «Diese Kin-

der waren vom Unterricht ausgeschlossen und durften am Freitag die Schule nicht besuchen», sagt Alexia Bischof.

## Abwarten in Kilchberg

Die positiven Fälle, die zum Massentest führen, seien durch Tests ausserhalb der Schule entdeckt worden. «Diese Kinder haben sich in Quarantäne begeben», sagt Bischof. Sie ist froh, dass es an der Primarschule Glärnisch zu keinen weiteren Infektionen gekommen ist. «Ich vermute daher, dass sich das Thema vorerst erledigt hat», sagt die Schulpräsidentin. Sie nimmt nicht an, dass nach den Sportferien ein weiterer Massentest nötig ist. «Wir warten nun zu und freuen uns, dass es nicht anders gekommen ist», sagt Bischof.

Wie es hingegen in Kilchberg weitergeht, ist noch unklar. An der Schule kam es Mitte Januar zu 30 Ansteckungen mit dem Coronavirus. Rund ein Drittel der Fälle mit einer mutierten Variante. Dort reagierte die Schule, in Absprache mit dem Contact-Tracing sowie den Schulärzten, nicht nur mit einem Massentest, sondern mit einer zweiwöchigen Schulschliessung und Quarantäne-Anordnungen. Zudem wurden auch in Kilchberg Schülerinnen und Schüler, die nicht zum Test erschienen, vom Unterricht ausgeschlossen.

Insgesamt liessen sich 500 Kinder und 140 Mitarbeitende beim Massentest in Kilchberg testen. Bei zehn Kindern fiel der Test positiv aus. Die Durchführung eines weiteren Corona-

Massentests nach den Sportferien stand im Raum. Ob die Schule diesen auch durchführen wird, war am Montag auf Anfrage noch immer unklar.

Carina Blaser

ANZEIGE

Wussten Sie, dass das CO<sub>2</sub>-Gesetz Heizöl massiv teurer macht?

Mehr dazu unter [vernuenftig-bleiben.ch](http://vernuenftig-bleiben.ch)

Am 13. Juni: Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

